



PATRIOTISCHES YOUTUBE-FORMAT

Laut Gedacht #52: Der Dolchstoß

Alex fehlt unentschuldigt und ist nicht zu erreichen. Zum Glück kann Aline bei „Laut Gedacht“ kurzfristig einspringen und die beiden schauen sich die Ergebnisse der Bundestagswahl an. Dann jedoch taucht ein skurriler Facebook-Post von Alex auf.



Medien: 20 bis 30 „Personen“ prügeln sich in Jena-Lobeda

Von MAX THOMA | Welcome in Jena! Nach Medienangaben kam es am Mittwochabend zu einer Massenschlägerei, bei der ausgerechnet

in der Jenaer Stauffenbergstraße „20 bis 30 Personen“* in eine Prügelei verwickelt waren. Diese nonverbale Auseinandersetzung führte wiederum zu einem Großeinsatz der Polizei. Bei der Durchsuchung der näheren Umgebung konnte ein „52-Jähriger“** gestellt werden.

Mutig: Mit Holzstange und Fahrradschloss gegen 12-Jährigen

Der „Tatverdächtige“ soll während der Prügelei unter anderem einen 12 Jahre alten Jungen mit einer Holzstange und einem Fahrradschloss geschlagen haben. Ein 26-jähriger „Sohn“ wurde ins Krankenhaus gebracht. Der „Mann“ gab an, sich und seine Söhne verteidigt zu haben.

Bei der Schlägerei sei auch ein geparkter VW Polo beschädigt worden. Die Polizei ermittelt nun wegen Landfriedensbruch gegen die „Männer“. Außerdem kündigten die Beamten an, aufgrund des Vorfalls ihre Präsenz im Stadtteil Lobeda wieder zu erhöhen. In Lobeda finden übrigens immer wieder „Revierkämpfe“ zwischen „Personengruppen“ statt.

Thüringer auch nach Tschechien deportieren?

Sicher ein alter studentischer Brauch in der malerischen Universitätsstadt Jena. Die AfD ist in Thüringen mit 23% zweitstärkste Kraft noch vor der „Linken“ und hat ihr Ergebnis seit der Landtagswahl 2014 fast verdoppelt. Vielleicht sollten die auf-rechten Thüringer Bürger mit den Worten des Kölner Erzbistums-Hass-Predigers Ansgar Mayer doch auch schnellstmöglich nach Tschechien deportiert werden?!

Ergänzung durch PI-NEWS:

*syrischer und irakischer Abstammung.

**syrischer Mann.



Frankfurt: „Schlussmachen“ auf Afghanisch

Von JOHANNES DANIELS | Mit einer „Kissen-Schlacht“ im wahrsten Sinne des Wortes „ent-ledigte“ sich der jetzt ledige Abdul (39), seiner schwangeren Ehefrau in einer Frankfurter Asylunterkunft. Der „afghanisch-stämmige Hesse“ hat seine 30-jährige Frau mit einem Kissen heimtückisch erstickt. Beinahe wäre die Tat unbemerkt geblieben, denn es gab „keinerlei klaren Anschein für ein Fremdverschulden“. Bei einem „schutzbedürftigen“ Ehemann wäre dies ja auch komplett abwegig. Erst zwei Tage nach Tatbegehung wurde der Geflüchtete festgenommen.

Das Ergebnis der Rechtsmedizin und die Ermittlungsarbeit der Mordkommission führten letztlich doch auf die Spur eines Gewaltverbrechens, so die Kripo Frankfurt, heisst es.

Der Ehemann, in dessen Obhut sich noch die gemeinsamen Kinder befanden, wurde von einem Spezialeinsatzkommando der Polizei vorerst in Gewahrsam genommen.

Abduls Angetraute sei auf dem Bauch im Bett gelegen und der Afghane auf ihrem Rücken gekniet. Dabei soll er das Gesicht seiner Frau so lange in ein Kopfkissen gedrückt haben, bis sie erstickt sei. Der Notarzt konnte nur noch den Tod der Ehefrau feststellen. Da ein Gewaltverbrechen dann doch nicht gänzlich ausgeschlossen werden konnte, wurde eine Obduktion zur genauen Feststellung der Todesumstände angeordnet. Eine Untersuchung

von Feingewebe soll nun noch weitere Aufschlüsse bringen.

Der bockige Bockenheimer habe sich den Ermittlungen zufolge von seiner Frau trennen wollen, diese sei aber nicht einverstanden gewesen, teilte die Staatsanwaltschaft am Mittwoch mit. Die Ehe der beiden Afghanen sei „arrangiert“ gewesen. Das Paar habe seit rund vier Jahren in Frankfurt gelebt.

Die Frage, ob die 30-jährige „unsanft entschlafen“ ist oder Abduls Blitz-Scheidung nach traditionellem Scharia-Brauch ganz legal erfolgte, müssen nun deutsche Richter klären. Diese haben mittlerweile fundierte Erfahrung in fundamentalistischer Koran-Auslegung. Angesichts der neueren hessischen Rechtsprechung könnte der Afghane allerdings bald als fromm-frei-fröhlicher Witwer in die großzügigen deutschen Sozialsysteme zurückkehren.

Frankfurter Gerichte: Scheidung nach Scharia-Recht – da bleibt einem die Luft weg

Längst hat die Scharia-Gesetzgebung feierlichen Einzug in schwarz-grüne hessische Gerichte gehalten. Man erinnere sich nur an den Frankfurter Justizskandal um eine „immer schon hier lebende Deutsche“ mit marokkanischen Wurzeln: Ihr ganzes Leben hatte die 26-Jährige in Deutschland verbracht, ihr prügelnder Mann stammte jedoch aus Marokko. Niemals hätte die junge Frau damit gerechnet, dass ein deutsches Gericht ihr eine schnelle Scheidung mit einem Verweis auf den Koran verweigern würde. Und darauf, dass sie „mit aller Wahrscheinlichkeit hätte rechnen müssen“, dass ein Mann nach dem prophetischen Bestseller seine Frau züchtigen darf.

Die Deutsche hatte ihren Mann in Marokko geheiratet, auch das spielte später in der „Urteilsfindung“ eine Rolle. Der westliche Lebensstil seiner Frau in Frankfurt missfiel dem Mann immer mehr. Es gab reichlich „in die Fresse“, wie es Umvolkungs-Ulknudel Andrea Nahes elegant ausdrücken würde. Am

Ende wie immer Morddrohungen. Als die Frau nach unzähligen Demütigungen den Entschluss zur Scheidung nach deutschem Recht gefasst hatte, verlief zunächst alles in geregelten Bahnen. Die Frankfurter Richterin entschied nach dem Gewaltschutzgesetz, dass die Frau mit ihren Kindern die gemeinsame Wohnung bekommt, der Mann zu seiner Frau und der Wohnung künftig 50 Meter Abstand halten. Das Gericht wurde gebeten, eine „Härtefall-Regelung“ zu treffen, die eine Scheidung auch ohne Trennungsjahr möglich macht. Da holte die Frau ihre Abstammung und ihre Vergangenheit ein. Dieselbe Richterin, die dem Mann verboten hatte, seiner Frau näher zu kommen, lehnte es ab, das Paar vor Ablauf des Trennungsjahrs zu scheiden.

Deutsches Züchtigungsrecht „für diesen Kulturkreis“ rechtmäßig

Die Richterin berief sich damals nach Faktenlage plötzlich auf den Koran und argumentierte in ihrer Begründung: „Die Ausübung des Züchtigungsrechts begründet keine unzumutbare Härte gemäß § 1565 BGB“. Sie erklärte:

„Für diesen Kulturkreis ist es nicht unüblich, dass der Mann gegenüber der Frau ein Züchtigungsrecht ausübt. Hiermit musste die in Deutschland geborene Antragstellerin rechnen, als sie den in Marokko aufgewachsenen Antragsgegner geheiratet hat“.

Und weiter:

In Sure 4 Vers 34 enthalte der Koran neben dem Züchtigungsrecht des Mannes gegenüber der ungehorsamen Ehefrau auch die Feststellung zur Überlegenheit des Mannes gegenüber der Frau.

Trotz eines Befangenheitsantrags verwies die strenggläubige Richterin daraufhin in einem Schreiben nochmals auf den Koran,

wo die „Ehre des Mannes an die Keuschheit der Frau“ gebunden sei. Daraus würde sich ergeben, dass es für einen islamisch erzogenen Mann schon eine Ehrverletzung sein könne, wenn die Frau nach westlichen Kulturregeln lebt. Es blieb erstmal dabei: Keine Härtefallregelung nach deutschem Recht.

Davon auszugehen, dass die Frau mit der Heirat im maghrebinischen Kulturkreis konkludent in die Misshandlungen eingewilligt hat, ist rechtlich bedenklich. Aber selbst wenn das hypothetisch so wäre, dürfte ein deutsches Gericht „eigentlich“ keine ausländischen Normen anwenden, die mit Grundsätzen des deutschen Rechts unvereinbar sind.

Die Dritte Gewalt hat Probleme mit trittfester Gewalt

Die dritte Gewalt tut sich im Jahr 2017 hinlänglich schwer mit den Problemen der deutschen Einwanderungsgesellschaft – allzu viele Urteile spielten bereits Islam-Fundamentalisten in die Hände. Ideologisch geschulte Richter berücksichtigen oft aus falsch verstandener Toleranz die Wertvorstellungen muslimischer Subkulturen „mildernd“ und leisten so der stillen Islamisierung in der muslimischen Parallelwelt Vorschub. Die Justiz läuft aus dem Ruder? Im Gegenteil.

Die juristische Realität spiegelt zunehmend die gesellschaftlichen Realitäten in Zeiten der staatlichen Relokation ganzer mittelalterlicher Kulturen nach Deutschland. Die über Jahrhunderte erkämpfte Liberalität wird in eigener tugendhafter Erhöhung der linksverdrehten Richter über Bord einer durch „Cross-Culture-Jurisdiktion“ verwässerten Koran-andienenden Grundgesetz-Beugung geworfen. Die submissive Gerichtsbarkeit entscheidet heute schuldstolz nach dem Motto: Maximale Toleranz gegenüber der Intoleranz.

Kampf der Kulturen: “Im Namen des Volkes: Prügeln ausdrücklich erlaubt“

Da Deutschland zum sperrangelweit offenen Einwanderungsland geworden ist, braucht es dringend eine Linie, wie hart seine

Normen durchzusetzen sind und wie mit den „Neuen Bürgern“ juristisch umzugehen ist. Die Zahl der hier nun lebenden Moslems wird sich nach einer Studie der Universität Tübingen schon 2030 deutlich mehr als verdreifacht haben. Und jahrelang planierten deutsche Richter islamischen Fundamentalisten geradezu den Weg in die mannigfaltigen Parallelgesellschaften, die viele Gerichte bis dahin gern mit dem Schlagwort „kulturelle Vielfalt“ schön geurteilt hatten. Alle Rechtsbrüche mit tatkräftiger Unterstützung des Rechtsstaats selbst und seiner willfährigen Diener. Egal ob „Ehrenmord-Phänomene“, körperliche Züchtigungen mit Todesfolge, „Car-Schleifing“-Touren mit der emanzipierten Ehefrau hintendrein, polygame Sozialhilfeausschüttungen, tierquälerische Schächtungsrituale, mehrmalige Gebetspausen auf das Arbeitskonto, penetrante Muezzinrufe im Morgengrauen, Zig-Millionen-Euro-fache DITIB-Zuschüsse für Moscheeneubauten und islamistische Hassprediger aus Steuermitteln – alles wurde von deutschen Richtern gutmenschlich durchgewunken.

Scharia light: Kamel-Fatwa aus Absurdistan – Zeichen freier Religionsausübung

Auch die „Kamel-Fatwa“ fand Eingang in die deutsche Rechtsprechung, erstellt hatte sie der damalige Vorsitzende der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen, Amir Zaidan. Er befand zunächst auf dem evangelischen Kirchentag, eine Muslimin dürfe sich ohne einen männlichen Blutsverwandten nur maximal 81 Kilometer von der ehelichen oder elterlichen Wohnung entfernen. Dies sei die Entfernung, die eine Kamelkarawane zu Zeiten des Propheten innerhalb von 24 Stunden zurücklegen konnte. Mit der Begründung, eine Frau, die weiter reise, laufe Gefahr, vergewaltigt zu werden. Angesichts der zehntausendfachen interkulturellen Anreicherungen seit September 2015 eine mittlerweile durchaus plausible Rechtsauslegung !

Religionsfreiheit sei „kein Grundrecht de luxe“, mahnte der ehemalige Verfassungsrichter Udo Di Fabio, sondern nur eines

von mehreren. Und das müsse immer abgewogen werden gegen andere.

Ähnlich seinem „obsoleten“ Rechtsgutachten zur millionenfach illegalen Grenzöffnung für Horst Seehofers CSU dürfte in der willkommenseligen deutschen Justiz auch diese Forderung Di Fabios unreflektiert verhallen. Der fabelhaft rechtstreue Di Fabio – ein einsamer Rufer in der „Wüste“ des angewandten deutschen Schariarechts.

Beste Karten für „Schlussmacher“ Abdul.



Gewaltaufrufe in FAZ und SPIEGEL

Die immer offener zutage tretende linksextremistische Bereitschaft, jetzt mit Gewalt eigene Vorstellungen von „Toleranz“ etc. durchzusetzen, wurde in mehreren PI-Beiträgen bereits thematisiert. Dass es sich dabei nicht nur um „spaßhaft“ vorgetragene Ankündigungen einer Andrea Nahles handelt („in die Fresse“), zeigen Aufrufe zur Gewalt, die schon beinahe unverblümt getätigt werden, in Medien, die bislang als „seriös“ galten.

An die Stelle von indymedia, das vorher das Sprachrohr des linksversifften Lumpenproletariats darstellte, ist nun die „Qualitätspresse“ getreten, die dem unverhohlen dargebotenen

Hass gerne ein Ersatzforum bietet.

Beispiel 1: Emily Laquer, in der FAZ

Emily Laquer (hier mit dem Linken-Politiker Jan van Aken) gehört der „Interventionistischen Linken“ an und war Sprecherin der Demonstration „Grenzenlose Solidarität statt G20“. Nach Angaben des NDR wird derzeit gegen sie im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel ermittelt, auf dem marodierende Mordbrenner ihren Hass und ihre Zerstörungswut an Menschen und fremdem Eigentum austobten.

Laquer betont gerne, dass sie Nachfahrin einer jüdischen Flüchtlingsfamilie ist, um sich mit diesem Hintergrund das (Faust)Recht herauszunehmen, über andere Parteien Betätigungsverbote aussprechen und die auch gleich umsetzen zu dürfen. Also ganz so, wie es die SA Anfang der 30er Jahre tat. Die FAZ druckt ihren Gewaltaufruf in einem Interview ab:

Wie wird die radikale Linke mit dem Erfolg der AfD umgehen?

Wir werden den Weg weitergehen, den wir im vergangenen Jahr eingeschlagen haben: In Köln haben wir mit 10.000 Menschen den Bundesparteitag der AfD gestört, im Wahlkampf haben wir dasselbe bei vielen anderen Wahlveranstaltung der AfD gemacht und auch Infostände blockiert, uns mit Transparenten davorgestellt. Ich hoffe, dass die außerparlamentarische antifaschistische Bewegung jetzt noch stärker wird. [...]

Deswegen beginnen wir jetzt schon mit der Mobilisierung für den Protest gegen den AfD-Bundesparteitag am 2. Dezember in Hannover. Ich hoffe auf eine Erneuerung des zivilgesellschaftlichen Engagements. Beim Birlikte-Kulturfestival in Köln war ich 2016 dabei, als wir mit Trillerpfeifen auf der Bühne den Auftritt eines AfD-Politikers verhindert haben. Wir stören überall, wo man stören kann. Manchmal hilft es auch, wenn man einen Veranstalter anruft und ihn auffordert, die AfD nicht auftreten zu lassen.

Beispiel 2: Margarete Stokowski, Der SPIEGEL

Stokowski stach bereits durch ihr Credo „Nazis weglabern“ hervor und durch ihre seltsamen Visionen wie „dreischwänzige Katzen“, Akif Pirincci ließ ihr die Gnade zuteil werden, sich einmal mit diesem Unsinn auseinanderzusetzen.

Nach den Katzen mit den drei Schwänzen hat sie jetzt neue Visionen, etwa von „Handarbeit“. Die soll gegen „Rassisten“ geleistet werden. Etwas vornehmer als ihre Kollegin Laquer (sie selbst schreibt ja schließlich unter der Rubrik „Kultur“) verlangt sie im Grunde jedoch dasselbe wie die, es gelte einen „Kampfauftrag“ umzusetzen:

Man sagt „Antifa bleibt Handarbeit“, und das heißt, dass wir in den kommenden vier Jahren die Hände voll zu tun haben werden, denen nachhaltig auf die Nerven zu gehen, die versuchen, sich als Konservative zu verkleiden, aber in Wirklichkeit für Rassismus, Nationalismus und völkisches Denken stehen. Gleichzeitig müssen wir denjenigen, die sie gewählt haben, erzählen, dass jeder mal Fehler macht – und dass das einer war. [...]

Genau so, wie es zu schrägen, nach rechts offenen Allianzen kommt und weiter kommen wird, muss es neue ungeahnte Bündnisse gegen rechts geben. In einem Klima, in dem Hass so gut gedeiht, sind alle, die nicht rechts sein wollen, aufgerufen, sich immer wieder neu zu distanzieren, nicht nur Linke, sondern auch Konservative und Liberale. Ich stimme vielleicht zum ersten Mal im Leben FDP-Chef Christian Lindner zu, wenn er sagt, das Wahlergebnis sei ein „Kampfauftrag“.

Was unterscheidet eigentlich Kampfaufrufe, wie die in der FAZ und im SPIEGEL, noch von jenen der Stürmer-Presse gegen Juden im „Dritten Reich“? Von Medien in der Nazizeit, die, im Bewusstsein das „Richtige“ zu tun, genauso gegen „Volksfeinde“ vorgingen, ganz unverblümt, ohne die eigene Rolle zu hinterfragen?

Im Gegensatz zu damals droht Redakteuren, die sich weigern dem Regime mit Hetze und Hass zu dienen heute keine Ermordung, kein Gefängnis, keine Strafe. Es droht keine staatliche Schließung ihrer Redaktionsstuben, wenn sie den gesellschaftsfähig gewordenen Hass gegen Andersdenkende NICHT ausleben, NICHT die Möglichkeit nutzen, den eigenen Selbsthass an anderen abzuladen. Sie könnten sich anderen Themen zuwenden, sie könnten sich krank melden, wenn die Redaktion einen Hass-Artikel verlangt. „Wir haben es nicht besser gewusst“ oder „wir mussten das tun“ werden auch im Nachhinein nicht glaubwürdige Relativierungen und Ausreden sein.

Sollte es noch einmal eine Geschichtsschreibung geben, die unsere Zeit aufarbeitet, so wird man die Feigheit der heutigen Redakteure und Medienmacher weitaus negativer beurteilen als die in der Nazizeit. Leider verstehen das gerade die nicht, die es angeht.



Kerkyra/Korfu: No mosques and minarets

Von KEWIL | Das Corfu Palace Hotel in der Insel-Hauptstadt Kerkyra hat 5 Sterne und wirbt in einer öffentlich ausliegenden Hochglanz-Werbebrochure wie folgt:

Die „Altstadt“ erinnert an vergangene Jahrhunderte: die

europäischen Einflüsse sind überall sichtbar und wirken harmonisch zusammen, wobei sie der Stadt ein spezielles Flair geben. Es gibt keine Moscheen und Minarette in Korfu. (There are no mosques and minarets in Corfu.) Kein Stempel irgendeiner asiatischen Besetzung kann auf der Insel gefunden werden.

Würde sich ein Hotel bei uns oder in Westeuropa trauen, mit solchen Sätzen für Urlaub auf einer moscheefreien Insel oder in einem Landstrich ohne Minarette zu werben? Ein Shitstorm wäre das Mindeste, gefolgt von fünf Entschuldigungen und zehn Kniefällen.

Auch sonst liest man auf der griechischen Insel Korfu durchaus im Klartext, wozu sie gleich zwei Festungen gebraucht haben oder warum da ein Denkmal für Matthias Johann Graf von der Schulenburg steht, vor dem noch heute Salut geschossen wird.

Obwohl Korfu auf der der Türkei abgewandten Seite Griechenlands liegt, musste man sich auch dort jahrhundertlang gegen die mohammedanischen Osmanen wehren, die jeden Winkel des Mittelmeers erobern wollten. Im Unterschied zu uns, wissen die orthodoxen Griechen das aber noch und sagen es auch!



Bundesregierung schweigt zu Israel als „Staatsräson“

Nur mit viel Glück wird die AfD im neuen Bundestag den Unfug der Altparteien verhindern können. Schließlich werden sich in den großen Fragen alle gegen sie verbünden. Die wichtigste Aufgabe der AfD als Oppositionspartei im Deutschen Bundestag wird darum sein, die Konzeptlosigkeit und Verlogenheit der Altparteienpolitik zu demaskieren.

Wie es aussieht, kann die neue Partei diesen Wählerauftrag mit der eher unfreiwilligen Hilfe der BILD-Zeitung schon erfüllen, bevor sich der neue Bundestag überhaupt konstituiert hat.

AfD-Parteivize Alexander Gauland hatte wenige Tage vor der Wahl hinterfragt, wie ernst es uns (d.h. unserer Regierung) eigentlich ist mit dem Existenzrecht Israels als deutsche „Staatsräson“. Erst titelte das Boulevardblatt noch „AfD-Anführer Gauland – Gefährliche Sätze über Israels Existenzrecht“. Wieder ein klarer Verstoß gegen den Pressekodex, da für den flüchtigen Leser der Eindruck entstand, Gauland würde dieses infrage stellen. Wenige Tage später adressiert BILD nun genau diese Frage von Gauland an die Bundesregierung und bekommt von Noch-Regierungssprecher Steffen Seibert nur schmallippige Antworten. Der Frage, ob Deutschland bereit wäre, zur Not Kampfeinheiten nach Israel zu entsenden, wenn dieses angegriffen wird, wich Seibert jedenfalls aus.

Um es einmal klar zu sagen: Mit „Staatsräson“ hat eine solche Reaktion der Bundesregierung nichts zu tun! „Staatsräson“ bedeutet, zur Not mit allen Mitteln auch polizeilich-militärisch für etwas einzutreten. Israel sollte spätestens nach dieser Aussage wissen, wo es mit Deutschland dran ist, erst recht wenn in den nächsten Jahren der Einfluss muslimischer und israelfeindlicher Bevölkerungsgruppen in

Deutschland immer weiter wächst!

Offenkundig sind die Altparteien-Israelbekenntnisse die selben hohlen Phrasen wie die „Eurorettung“, die „Energiewende“ oder die „Integration von Millionen Zuwanderern aus Afrika und dem arabischen Raum“. Potemkinsche Dörfer, ohne inhaltliche Substanz.

» Siehe auch: Prof. Wolffsohn verteidigt auf Phoenix Gaulands Israeläußerung (im Video ab 7:45 min)



Klonovsky zum kirchlichen Gesinnungsstreber Ansgar Mayer

Nach dem Wahlerfolg der AfD bekam Ansgar Mayer, „Direktor für Medien und Kommunikation beim Erzbistum Köln“, feuchte Hände vor Aufregung und twitterte: „Tschechien, wie wär's: Wir nehmen Euren Atommüll, Ihr nehmt Sachsen?“

Da bekanntlich der Müll immer mit der Strömung fließt, muss derjenige kräftig rudern, der sich mit seinem an die Spitze setzen will. Die Beobachtung solcher Gesinnungsstreber ist allein deswegen amüsant, weil ihre Versuche angesichts der dort treibenden Mengen vollkommen aussichtslos sind. Im

Zweifelsfall finden sie aber Anschluss an eigene ältere Absonderungen. Freundliche Menschen, die mich anscheinend für einen soliden Müllsortierer halten, auf die Überempfindlichkeit meiner geplagten Nase freilich wenig Rücksicht nehmen, wiesen mich darauf hin, dass Mayer schon im März 2016, nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, in einem offenen Brief geschrieben hat:

„Hallo, AfD-Landtagskandidat. Sie sitzen jetzt irgendwo und haben feuchte Hände vor Aufregung, denn am Sonntag ist Ihr großer Tag. Mit vielen anderen Ihrer Gattung werden Sie sich ganz rechts am Rand in den Plenarsaal quetschen und abends ‚So ein Tag, so wunderschön...‘ singen.“

Falls Ihnen der Ton bekannt vorkommt: Bevor er sich den Schäfchen des guten Hirten Wölki anschloss, hat Mayer im Axel-Springer-Verlag gearbeitet, sogar als „Head of Crossmedia“ im Thinktank der Axel-Springer-Akademie. Nicht nur das Haar, auch die Dressur sitzt.

„Genießen Sie diesen Augenblick. Denn so schön wird es niemals wieder werden für Sie. Ab jetzt wird jedes Ihrer Worte dokumentiert. Jeden ausländerfeindlichen Übergriff, jede Verbalattacke gegen die Grundrechte, jeden indirekten Aufruf zur Gewalt wird man zur Anzeige bringen.“

Strebsame Hinterbänkler

Bislang wurden freilich nur ziemlich direkte Gewaltaufrufe und – damit auf keinen Fall in Zusammenhang stehende – Gewalttaten gegen AfD-Landtagsabgeordnete bekannt; Uwe Junge, der Fraktionschef von Rheinland-Pfalz beispielsweise, wurde hart, aber verdient ins Gesicht geschlagen, wobei ihm das Jochbein brach, seiner Frau zündeten engagierte Demokratiebeschleuniger das Auto an, und schon machen wir Schluss mit dem Mimimi. Von Gewaltaufrufen oder ausländerfeindlichen „Übergriffen“ durch AfD-Abgeordnete hörte man indes nichts, geschweige denn, dass

dergleichen zur Anzeige gebracht worden sei („Da muss doch wer gepennt haben“, würde der fette Göring sagen). Und Verbalattacken gegen die Grundrechte für „Pack“ (Gabriel), „Brut“ (Özdemir), „Bodensatz“ (Kretschmann), „Nazis in Nadelstreifen“ (Maas) etc. pp., das können sogar die drögen Etabliertenvertreter besser, ohne dass gleich wer nach dem Kadi rufen müsste.

„Über jeden Cent aus den Steuerkassen haben Sie dann Rechenschaft abzulegen.“

Nichts wünschte sich der brave Bürger mehr als endlich das, doch es war im März 2016 schon äußerst unwahrscheinlich, dass diese neue Sitte mit der AfD in die Parlamente einzieht, und leider ist es dabei geblieben. Man darf von der neuen Opposition vielleicht erwarten, dass sie die Masseneinwanderung drosselt, doch niemals, nie und nimmer, dass sie den „Wettbewerb der Gauner“ (Hans Hermann Hoppe) um die Steuergelder beendet.

„Genussvoll werden wir verfolgen, wie sich Ihre Fraktion Jahr um Jahr stärker zerlegt. Wie sich Ihr grenzenloser, pathologischer Hass gegen die eigenen Kollegen kehrt und die AfD im Landtag genauso zusammenbricht wie vorher die der Schergen von Reps, NPD oder DVU.“

Zur Hölle mit allen Schergen! – nur: Wohin aber, wenn sie entsorgt sind, mit dem festumgrenzten, urgesunden Hass unseres strebsamen Katholikenschlingels?

„Die Demokraten werden die Reihen geschlossen halten und Sie müssen das Elend entweder im Rumpf der eigenen Partei erleben oder als ein verspotteter Hinterbänkler, der – falls er überhaupt noch an Sitzungen teilnimmt – seine garantierte Redezeit vor leeren Rängen absolvieren wird.“

Wer wird dem Hinterbänkler seinen wohlverdienten Spott zuteil werden lassen, wenn die Ränge leer sind, weil die Demokraten, die Reihen fest geschlossen, mit ruhigem festen Tritt das

Parlament verlassen haben? Fragen über Fragen...

„Es wird sehr einsam werden in der Landeshauptstadt und in Ihrem popeligen Abgeordneten-Appartement wird es mit der Zeit immer ein wenig nach abgestandenem Kaffee und Korn riechen.“

Es gibt einen speziellen Typus Emporkömmling, den ein regelmäßiger Alpdruck heimsucht, nämlich dass er wieder in seinem ersten popeligen Appartement hausen muss, wo es nach abgestandenem Kaffee und Korn roch resp. riecht, wo Mutti weder aufräumt noch die Wäsche wäscht und das unnütze Glied davon träumt, wenigstens ein nützliches der Gesellschaft zu werden. Bei dem einzigen Landtagsabgeordneten, den ich bislang in seinem relativ unpopeligen Appartement besuchte, roch es freilich nach Damenparfüm, ich glaube es war Eau des Merveilles Bleue, nach frischem Kaffee, Austern, Kaviar und Puligny-Montrachet, also praktisch wie bei mir daheim, und es gab sogar Platz für eine solide Bibliothek. Da fast alle AfD-Abgeordneten, so freakig manche auch erscheinen mögen, ein Studium absolviert oder einen Beruf erlernt haben, leben die meisten leider nicht in temporären Appartements, sondern in ihren Häusern, Eigentumswohnungen und Palästen, von wo aus sie mit ihren fetten Daimlern zur ungenierten Parlamentsshetze fahren.

„Sie werden sich konstant beobachtet fühlen – vom Verfassungsschutz, von der Presse, von verfeindeten Parteifreunden und von Ihren enttäuschten Wählern.“

Und last but not least vom strebsamen Herrn Mayer! Aber hallo! Was die enttäuschten Wähler angeht, liegt unser smarterer Linkskatholik allerdings abwechslungsshalber einmal falsch – gerade die haben ja AfD gewählt!

„Und wenn der Spuk dann in fünf Jahren vorbei ist, werden Sie sich aus lauter Scham nicht mal mehr zum eigenen Bäcker trauen.“

Ein Blick auf das Konterfei des Buben zeigt, dass wir es mit

einer typisch spätbundesrepublikanischen Charakternatur zu tun haben, der man jegliche Scham, die geheuchelte wegen Auschwitz ausgenommen, adressiert hat. Deswegen wird er auch in Zukunft viel schamfernes opportunistisches Gezeter in die endlosen Weiten des world wide web einspeisen, worauf mich hinzuweisen, geneigter Besucher meines kleinen Eckladens, zwar nicht zum Besuchsverbot, aber zu einer ernsten Rüge führen wird.

Der ganze Seim hier.

(Im Original erschienen auf michael-klonovsky.de/acta-diurna)



Guido Reil: „Gottseidank sind wir Bonnie & Clyde los“

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Guido Reils Videokommentar zum beeindruckenden Wahlerfolg seiner Partei und zum einzigen Wermutstropfen, dem Verrat durch Petry und Pretzell, ist äußerst aussagekräftig und lässt tief in die Seele der Partei blicken. Der Essener AfD-Ratsherr bezeichnet das fahnenflüchtende Ehepaar als „Bonnie & Clyde“, denen es hauptsächlich um Geld, Macht, persönliche Eitelkeit und Posten gehe. Die beiden seien Opportunisten, Egoisten und keine Teamplayer. P & P sei es überhaupt nicht um patriotische Politik für Deutschland gegangen und daher hätten sie mit ihrem Abgang der Partei einen riesen Gefallen getan. Jetzt

könne die AfD ohne diese Quertreiber zusammenwachsen.

Dem Steiger im letzten Bergwerk Nordrhein-Westfalens nimmt man ab, was er sagt, denn ihm liegt das Herz auf der Zunge. Reil ist eine grundehrliche Haut und betreibt Politik aus der vollsten Überzeugung heraus, dass in unserem Land vieles massiv falsch läuft. Da die SPD keine Antworten auf all diese Fehlentwicklungen liefert, stieg er vergangenes Jahr nach 26 Jahren Mitgliedschaft dort aus und wechselte in die AfD. Nachdem er denen, die sich dort schon jahrelang einsetzen, keinen aussichtsreichen Listenplatz wegnehmen wollte, reihte er sich zunächst bescheiden auf dem hinteren Platz 26 ein.

Guido Reil hat Charakter, Anstand, Ausstrahlung und Persönlichkeit. Der 47-jährige verkörpert all das, weswegen man die AfD als eine wahre Volkspartei bezeichnen kann, der eine große Zukunft bevorsteht. Im Wahlkampf unterstützte er seine Partei uneigennützig im gesamten Bundesgebiet und nahm nur wenige Termine in seinem Direktwahlkreis wahr, in dem er trotzdem gute 15,8 % erhielt. In seinem Stadtteil Essen-Karnap wählten die AfD sogar 24%, was wohl sehr auf ihn zurückzuführen ist.

Reil wäre eine wichtige Ergänzung sowohl für den Landesvorstand in Nordrhein-Westfalen als auch für den Bundesvorstand, was er auch offen anstrebt. Einen bezahlten Job im Bundestagsapparat der AfD will er hingegen nicht, denn dann würde er sich nicht von den Pöstchenjägern der SPD unterscheiden, die er kritisierte und wegen denen er unter anderem die Roten verließ. Diesem engagierten Patrioten, der sein Ohr an der arbeitenden Bevölkerung hat, kann man nur viel Erfolg für seinen Weg wünschen.



Einige Antworten zu Frauke Petry

Von INXI | In die Köpfe der Menschen kann niemand schauen und das ist auch gut so. Allerdings kann man mit einem gesunden Menschenverstand gewisse Charaktereigenschaften und Verhaltensmuster von Menschen erfassen, die man persönlich getroffen und kennengelernt hat. Der Autor hat Petry in den letzten drei Jahren mehrfach auf Landesparteitagen und anderen Veranstaltungen in Sachsen erlebt und denkt, ein etwas klareres Bild der ehemaligen Vorsitzenden zeichnen zu können, als dies derzeit in den Medien geschieht.

Als Petry 2015 den Machtkampf gegen Lucke gewann, wähnte sie ob der Abstimmung in Essen große Teile der Partei hinter sich. Sie übersah aber, dass viele Mitglieder nicht der Person Frauke Petry zujubelten, sondern eine FDP 2.0 mit Lucke verhindern wollten. Co-Vorsitzende im Bund, Parteichefin und Fraktionsvorsitzende in Sachsen, eine Machtfülle, die Menschen mit narzisstischen Zügen zu Kopfe steigen kann. Es bildete sich schnell ein kleiner Zirkel von Funktionären, die Petry nahezu bedingungslos folgten. Allen voran der ehemalige Generalsekretär der sächsischen AfD, Uwe Wurlitzer. Aber dazu später mehr. Andere politische Strömungen wurden nicht zugelassen oder sollten klein gehalten werden, Kritik war unerwünscht, Kritiker wurden verhöhnt und lächerlich gemacht.

So beispielsweise der Leipziger Strafverteidiger Roland Ulbrich, der ehemalige Sprecher der Patriotischen Plattform.

Er trat auf dem Nominierungsparteitag in Weinböhla gegen Petry an, wohlwissend, dass er chancenlos war. Er malte in seiner Rede genau das Szenario an die Wand, das wir heute haben. Petry saß schwanger auf der Bühne und drückte noch ein paar Tränchen heraus.

Ob aus Mitleid oder falsch verstandener Loyalität; etliche Delegierte fielen verbal über Ulbrich her – auch weit unter der Gürtellinie. Kurz darauf verließ Petry frühzeitig und bei bester Laune den Parteitag: Listenplatz 1 war schließlich eingetütet. Nun sind aber 77% für eine Parteivorsitzende wahrlich kein Traumergebnis, zumal dann nicht, wenn der ärgste, ernstzunehmende Widersacher, der Dresdner Richter Jens Maier, mit 73% auf Platz 2 folgt! Jener Jens Maier, gegen den schon zu diesem Zeitpunkt ein von Petry und Wurlitzer initiiertes Parteiausschlussverfahren lief (PI-NEWS berichtete). Schweres Geschütz also.

Und wieder hat Petry die Zeichen nicht verstanden, respektive in ihrer machtbesessenen Arroganz nicht sehen wollen. In ihrer Rede sagte Petry, dass die Bundestagswahl 2017 nicht die wichtigste Wahl der Nachkriegszeit wäre, es sei egal, ob die AfD mit zehn oder 12 Prozent in den Bundestag einziehen würde. Die wichtigste Wahl sei für sie im Jahre 2021, wenn man der CDU auf „Augenhöhe“ begegnen könne! Diese Aussage sagt eigentlich alles und kennzeichnet das Wesen dieser Frau. Was in den nächsten vier Jahren geschieht, ist also nicht so wichtig? Unglaublich! Warum trotzdem 77% der Delegierten für sie votierten, ist spekulativ. Amts- und Schwangerenbonus? Man weiß es nicht.

Aber es ist genau diese Denkweise, vor der Maier und Höcke immer gewarnt hatten. Beiden droht ein Parteiausschlussverfahren – initiiert von Petry und ihrem Clan. Im Fall Höcke allerdings auch von Alice Weidel. Beide PAV werden keinen Erfolg haben.

Nun ist es aber bei einer Frau, der es nur um sich selbst geht, mit Listenplatz 1 nicht getan. Ein Direktmandat musste her! Einige Kreisverbände winkten dankend ab, allerdings mußte es auch ein erfolgversprechender Wahlkreis sein. Die Wahl fiel schließlich auf Sächsische Schweiz – Osterzgebirge (SOE). Nur gab es mit Ivo Teichmann schon einen Anwärter auf die Kandidatur. Teichmann verzichtete zugunsten Petrys und wurde mit einem hinteren Listenplatz „belohnt“. Einzug in den Bundestag unnötig verpaßt! Petry zieht statt Teichmann in den Bundestag ein und tritt aus der AfD aus. Dem selben Ivo Teichmann wurde in den Tagen vor der Wahl zudem der Zutritt zu einer Veranstaltung mit Petry verwehrt. Ob dort eine der Probeabstimmungen Petrys stattfand, um die Stimmung zu sondieren, ist bisher nicht bekannt.

Was aber bekannt und fakt ist: Der perfide Plan des Ehepaars Petry/Pretzell (PP) geht nicht auf. Kein einziger Angehöriger der jungen Bundestagsfraktion folgt den Verrätern und Betrügern. Das haben sich PP sicher anders vorgestellt! Ja, Verräter und Betrüger sind harte, aber angemessene Worte. Wie werden sich die Wähler und die vielen Helfer im Wahlkampf wohl fühlen?

Trotzdessen ist ein Gefühl der Erleichterung und/oder der Befreiung innerhalb der AfD spürbar: Die Spaltpilze und Intriganten sind weg, es kann einig und in Ruhe gearbeitet werden. Die Spreu trennt sich vom Weizen.

Ein Wort noch zu Uwe Wurlitzer. An seiner Person scheiden sich die Geister. Ein kluger Kopf, der es verstand, Landes- und auch Bundesparteitage souverän mit Sachverstand, Wissen aber auch mit Humor und „sächsischer Schnauze“ zu leiten. Der schon abgöttische Glaube an die Unfehlbarkeit seiner Chefin (er nannte Petry Dritten gegenüber so), ist bei einem Mann dieser Intelligenz nicht nachzuvollziehen. Auch und gerade unter dem Aspekt nicht, dass die AfD in Sachsen mit 27% stärkste Kraft werden konnte, was auch ein Stück weit der Verdienst Wurlitzers ist. In zwei Jahren stehen Landtagswahlen an und

bei einer Steigerung um ein paar Prozentpunkte besteht eine reale Möglichkeit für die erste AfD-Landesregierung in Deutschland. Aber gut; Wurlitzer ist wenigstens so konsequent, seiner Chefin ins politische Nichts zu folgen.



Nazis in Reizwäsche: Genderpolizei am Gendarmenmarkt!

Von JOHANNES DANIELS | Berlin ist absoluter Vorreiter für das neue Jamaica-Deutschland! Erlaubt ist in Berlin: offener Drogenhandel, Mehrfach-Ehen, Vollverschleierung, genderneutrale Unisex-Toiletten, freier Cannabis-Verkauf, Kindersex, Scharia-Gerichtsbarkeit, staatsfinanzierte Islamisten, Hassprediger, steuerfinanzierte Antifa-Angriffe gegen AfD-Familienangehörige und multikriminelle Familienclans.

Verboten ist in Berlin jetzt: Ästhetische Werbung für Unterwäsche, Sportwäsche und Badebekleidung mit hübschen Models.

Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann hat „sexistischer“ Werbung klar den Kampf angesagt (PI-NEWS berichtete hier und hier) und zeigt harte Kante gegen menschenverachtende BHs, Slips, Bikinis und Feinripp-Shirts. Bereits vor geraumer Zeit

hat der von den Grünen regierte Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg Werbeplakate „mit Frauen in reizender Pose und Dessous“ auf den eigenen Werbestandorten verboten. Monika Herrmann ist nicht mit dem bayerischen CSU-Spitzenkandidaten Joachim Herrmann („Roberto Blanco war immer ein wunderbarer Neger“) verwandt oder verschwägert. Sie ist offensiv bekennende Kampfllesbe, was nicht unschwer zu erraten ist.



Bezirksbürgermeisterin
Monika Herrmann (Grüne).

Der harte Kampf gegen Top-Model-Popolisten

Doch der unerbittliche Kampf gegen die Freiheit der Frau geht weiter: In einer aus Steuergeldern finanzierten Broschüre der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten ruft der Bezirk nun zu einer großen Beschwerde- und Boykott-Kampagne auf: „Berliner – kauft nicht bei Model-Popolisten“! Die verbotsgeile Monika Herrmann schreibt höchstpersönlich darin:

Die Werbung suggeriert eine Botschaft, dass alle Frauen käuflich sind, wie das Produkt, für das mit ihnen geworben wird.

Außerdem enthält der Aufklärungs-Flyer einen Muster-Beschwerdebrief an die werbetreibenden Unternehmen und den

Deutschen Werberat. Diese „explizite“ Denunzianten-Aufforderung wird interessanterweise aus den Gewerbesteuerabgaben der zu boykottierenden Außenwerbefirmen finanziert. Ein bekanntes Relikt aus alten Berliner „Kauft nicht bei Juden“-Zeiten.

Auf der „interaktiven“ Protest-Postkarte von Monika Herrmann wird weiter ausgeführt:



Sie soll direkt an Firmen geschickt werden, deren Werbung die gender-geneigte BetrachterIn als anstößig empfinden soll. Die offizielle Broschüre der Behörde führt in zehn Punkten aus, was nun im Jamaika-Berlin 2017 diskriminierend ist: Die Darstellung der Frau als „willensschwach, hysterisch, dumm, unzurechnungsfähig, naiv“, wenn sie vor dem angezogenen Mann kaum bekleidet „hockt, kniet, sitzt oder liegt“. Auch Christian-Lindner-Poster sollen der fulminanten Feinripp-Inquisition bereits zum Opfer gefallen sein.

Das Berliner Stadtmagazin „tip“ kürte Monika Herrmann bereits vor drei Jahren zur „Nummer Eins der 100 peinlichsten Hauptstädter“. Dies ist eine enorme Leistung, da es gerade in Berlin von peinlichen Hauptstädtern nur so wimmelt.

Monika Herrmann – die Nummer Eins der heimlichen Peinlichen

Der ideologisch-verbrämte Kreuzzug gegen elegante Werbe-Beauties ist nicht der erste irre Vorschlag der Grünen-Politikerin. Die Probleme im Drogen-Sumpf Görlitzer Park löste sie, indem sie den freien Verkauf von Cannabis faktisch freigab (PI-NEWS berichtete). Im Kreuzberger Rathaus ließ sie eine „genderneutrale“ Unisex-Toilette einrichten, falls sich mal jemand nicht zwischen seinen temporären 76 Geschlechtern entscheiden kann. Sie musste sich außerdem dem Vorwurf aussetzen, dass sie ihre Lebensgefährtin bei einer steuerfinanzierten Anstellung begünstigt hat. Sie forderte in einem „Verhaltenskodex für Touristen“ die sichere Benutzung von Gummis – bei Rollkoffern. Ende Juni 2015 stellte Herrmann beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte einen Antrag für ein „Modellprojekt Coffeeshops“, bei dem unter „wissenschaftlicher Begleitung“ legal auch härtere Drogen verkauft werden sollten, Um-Volker Crystal Beck lässt grüßen. Begründet wurde der Antrag vor allem mit Gründen des Jugendschutzes.

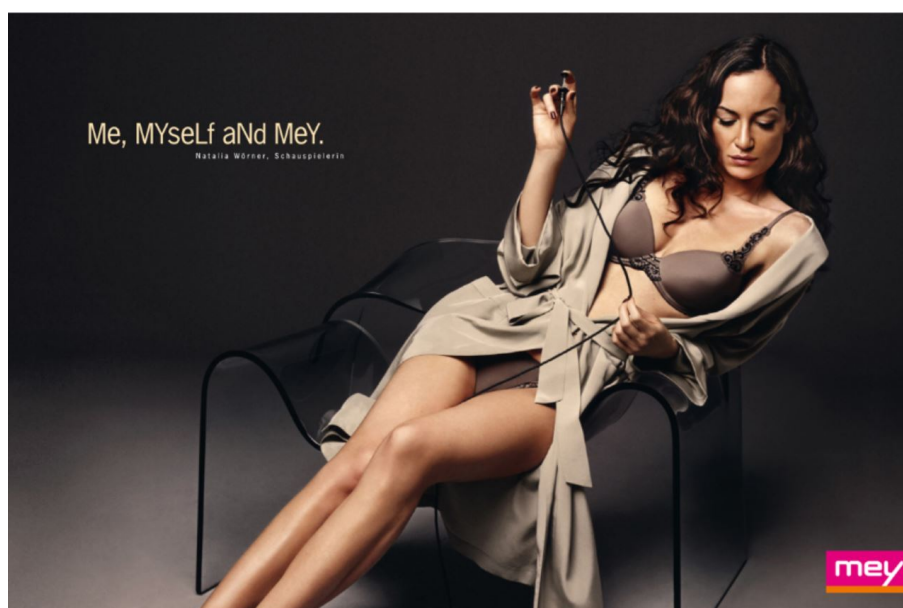
Love me Gender

Die rot-grüne Bezirksverwaltung von Friedrichshain-Kreuzberg hat nun eigens eine Arbeitsgemeinschaft und Jury gegen „Sexismus in der Werbung“ eingerichtet. „BürgerXinnen“ können sich bei dieser über unangemessene Werbung beschweren. Die Jury prüft dann auf diskriminierende, sexistische oder frauenfeindliche Inhalte. Schließlich soll das Bezirksamt die Werbegesellschaften dann dazu auffordern, entsprechend „explizit“ eingestufte Werbung abzuhängen und zu vernichten. Dabei stehe „nicht nur nackte Haut unter Beobachtung“, sondern unter anderem auch Werbung, in der sich „Männer und Frauen nicht auf Augenhöhe begegnen“.

Das Netzstrumpf-Durchsetzungsgesetz

Ein erstes Opfer waren dabei die sympathischen „westwing.de“-Werbestars Natalia Wörner und Heiko Maas – den größten Justizminister aller Zeiten (1,57m) und die Schauspielerin

(1,77m) trennen 20 cm „Augenhöhe“. Die Maas-Wörner-Westwing-Promotion-Seite fiel danach der Maas-eigenen Zensur zum Opfer. Heiko Maas wollte daraufhin ebenfalls in einer groß angelegten Kampagne „sexistische Werbung“ verbieten – schließlich sollte auch nicht jeder mitkriegen, gegen welche Möpfe sich der putzige Netzstrumpfdurchsetzungs-Mops täglich durchwerken muss. Ausgenommen davon war dem Vernehmen nach die Playboy-Centerfolds des schwäbelnden Leinwand-Stars („Noi, isch find den Obama erodisch“), hier trägt sie ja gerade keine inkriminierende Unterwäsche.



Heiko Maas: Gesetzespfusch gegen Taharrush – Werbeverbote gegen Gruppenvergewaltiger

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) wollte bereits letztes Jahr mit einer Gesetzesänderung „geschlechterdiskriminierende Werbung“ verbieten. Der Gesetzentwurf von Maas sah vor, dass künftig Plakate oder Anzeigen unzulässig sein könnten, die Frauen oder Männer auf Sexualobjekte reduzieren. Im Streitfall würde ein Gericht die Entscheidung treffen. Das Änderungsverlangen des Gesetzes entsprach der Umsetzung eines Beschlusses der SPD-Parteispitze nach den sexuellen Übergriffen an Silvester in Köln durch sexistische „Männer“! Der Schuldige an den friedvollen Umvolkungs-„Übergriffen“ war schnell ausgemacht: Nicht NAFRIS, sondern Werbe-Nazis – die

manipulativen Werbeagenturen, die „gemeinen“ Verführer (PI-NEWS berichtete). Gesetzespfusch gegen Taharrush!

Heiko Maas wollte demnach ein „modernes Geschlechterbild“ in der Gesellschaft formen. Maas hat sich für den Entwurf ausgerechnet von der Organisation „Pinkstinks“ beraten lassen. Die UWG-Novelle gegen körperbetontes Marketing scheiterte letztlich am SPD-Wahldebakel und der Schlappe von Minime Heiko, der nicht einmal sein Direktmandat im Saarland gewinnen konnte. AfD wirkt. In Berlin wurde von den „Gleich-Stellungs“-BeauftragInnen bedauert, dass das Gender-Gesetz zunächst zurück gestellt wurde: „Wir finden zwar sehr wichtig, was wir auf Bezirksebene machen, noch wichtiger wäre das Thema aber auf Bundesebene. Diese „Kleinteiligkeit“ bringt auf Dauer nichts.“ Ein klarer Seitenhieb auf Shorty Heiko.

In Berlin jedoch können Körper- und Frauenhasser nun ganz legal gegen die „Nazis in Reizwäsche“ einpeitschen: Das ist Berlin 2017 – Burka statt Bikini! Natalia Wörter hier bei der „Pinkstinks“-Inquisition!



Vogelfrei im eigenen Land

Von CANTALOOP | Kaum ist die Bundestagswahl '17 ausgezählt und im Begriff, das sedierte politische Zeitgeschehen im Lande einigermaßen durcheinander zu wirbeln, so verschafft man der bekanntlich immer größer werdenden Clique von sogenannten

„Antideutschen“ erneut mediale Präsenz. Und auch kaum ein Politiker der weitläufig vom Wähler abgestraften Block- und Volksparteien hält sich mehr zurück, mit diffamierender Schmähkritik an- und Warnungen vor der AfD.

Eingedenk dieser Tatsache folgen, wie immer, zahlreiche Trittbrettfahrer willfährig. Dieses illustre Spektrum reicht von „Künstlern“, Musikern und natürlich Schauspielern – bis hin zu ganz normalen Menschen, die ihre Facebook-Freundeslisten nun akribisch auf potentielle AfD-Wähler oder Trump-Sympathisanten hin abklopfen – und sich dadurch selbst profilieren wollen. Ein Jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten.

Obgleich solch ein Verhalten einerseits zutiefst menschlich und empirisch erklärbar ist, deutet es auf der anderen Seite doch auf die tiefe Spaltung einer Nation hin und zeigt gleichermaßen psychologische Abgründe auf, in denen manchen Zeitgenossen die politische Gesinnung ihrer Mitbürger als Indikator wichtiger erscheint, als deren sämtliche anderen Attitüden.

Grenzen von Anstand und Moral weit überschritten

Gleichwohl würde es kaum einer dieser Sektierer wagen, einen „neu-ins-Land-Gekommenen“ in einer solch heftigen Weise zu attackieren, wie seine eigenen, andersdenkenden Landsleute, selbst wenn dies, wie bei so manchem „Islamisten“, noch so gerechtfertigt wäre. Da hält man sich lieber auffallend zurück. Selbst der als gemäßigt, kultiviert und erzkatholisch geltende grüne Landesvater von Baden-Württemberg ließ es sich nicht nehmen, die Hälfte von knapp sechs Mio. Wählern der AfD als „Bodensatz“ der Gesellschaft zu bezeichnen, gewissermaßen als „Menschenmüll“, der fortan gnadenlos gejagt und sinnbildlich „umerzogen“ werden soll. Sämtliche Grenzen von Anstand, Moral und Wertschätzung werden nun weit überschritten. Alles ist jetzt erlaubt, kein Gesetz schützt die so „Ausgegrenzten“ mehr vor ihren „moralisch höherstehenden“ Mitbürgern linksgrüner Provenienz.

Strenggenommen vogelfrei im eigenen Land, verfolgt und stigmatisiert von den eigenen Landsleuten(!), steht unseren „alternativen“ Politikern nun ein Spießrutenlauf sondergleichen ins Parlament bevor. Die von den Medien jahrelang kolportierte Propaganda entfaltet jetzt ihre enorme Sprengwirkung. Sobald nur der Name der blauen Partei genannt wird, fallen beim linken „Establishment“ alle Hemmungen. Dann gibt es kein Halten mehr, selbst sanfte, sitzpinkelnde und ansonsten „alles verstehende“ Studierende der zahlreichen Gender- und Sozialwissenschaften werden dabei zu Hyänen und vergessen jedwede Kinderstube, sofern sie je eine hatten.

Wer sich fortan ständig als „Pack“, als „Abschaum“ und natürlich vor allem als „Nazi“ bezeichnen lassen muss, nur weil er eine andere Meinung, als die „vorgegebene“ pflegt, wird sich über kurz oder lang zurückziehen, oder tatsächlich radikalieren. Das liegt in der Natur der Sache. Wer wie ein Verbrecher behandelt wird, obgleich er sich an alle gesellschaftlichen Regeln hält und darüber hinaus demokratisch legitimiert ist, dem geschieht Unrecht! Während jedes Wort, jede Rede eines AfD Politikers auf die Goldwaage gelegt wird, ihre in der Sache richtigen Texte als Apokryphen verdammt werden, so derb darf man im Umkehrschluss seine verbalen Ergüsse gestalten, wenn man auf der „richtigen“ politischen Seite steht.

Kaum Diskussionskultur abseits linker „Richtlinien“

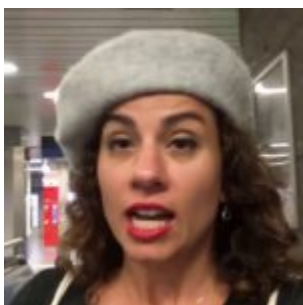
Mit wutverzerrten Gesichtern, schreiend wie Tiere stehen die „Wohlmeinenden“ vor den Portalen der AfD-Veranstaltungen und brüllen ihren schieren Hass heraus. Hier darf man das, die Contenance gilt nichts mehr, selbst körperliche Angriffe gegenüber Kindern werden nicht verfemt. Genau deshalb bahnen sich hier alle lang unterdrückten Triebe, Instinkte und Bösarbeiten ihren Weg. Auch der Vordenker und Allround-Gelehrte Sarrazin durfte diese Erfahrung mehrfach und insbesondere in der Hauptstadt machen, obwohl er als Sozialdemokrat der AfD nicht unbedingt sehr nahe steht.

Der gesamtgesellschaftliche Diskurs ist eben linksdominiert in der bunten Republik – es gibt schlicht und ergreifend keine raumgreifende Diskussionskultur abseits dieser „Richtlinien“ mehr. Das Klima im Lande ist kontaminiert. Es wird viele Jahre dauern, um wieder bürgerlichen Frieden, gegenseitigen Respekt herzustellen, und die AfD als paritätische Partei zu begreifen, falls dies überhaupt noch möglich ist. Da ist nun viel Sensibilität und Leidensfähigkeit, auch seitens der konservativ-liberalen Parteien erforderlich.

Frühkindliche Indoktrination von Kindern und Jugendlichen, gesteuert über ihre linken Lehrer und Dozenten prägt die junge Generation der „noch-länger-hier-Lebenden“ eben signifikant, die schlussendlich mit den Konsequenzen dieser zutiefst verfahrenen Situation werden klarkommen müssen. Wer sich den viralen linksgrünen Doktrinen – und alsbald sicherlich auch den Lehren und der Präsenz des immer stärker werdenden politischen Islam unterordnet, wird bestehen können. Alle anderen werden sich auf turbulente Zeiten einstellen müssen. Denn ein Paradigmenwechsel ist trotz Einzug einer Opposition in den neuen Bundestag leider immer noch in weiter Ferne.

In Anlehnung an ein bekanntes Lied süddeutscher, alternativer Volksmusiker aus den 70-ern sei abschließend folgender Aphorismus, anstelle des ursprünglichen Titels gestattet;

„Und sie hassen sich – und lassen sich dann nicht mehr los.“



München: Eine Jüdin sucht die „AfD-Nazis“

Orit Arfa ist eine amerikanisch-israelische Schriftstellerin und Journalistin, die nicht nur Deutschland liebt, sondern sich auch in Gaza in gefährliche Militärzonen wagt. Dazu gehört Mut und deshalb traute sie sich auch in der Wahlnacht in die Münchner Bierhalle, in der die bayerische AfD feierte, um dort nach den berüchtigten „AfD-Nazis“ zu suchen. Was sie da erlebte wurde in einem kurzen Video zusammengefasst. Orit Arfa organisierte schon viele Pro-Israel-Events und unterstützte die Islamkritikerin Pamela Geller, damit sie vor der jüdischen Gemeinde in Los Angeles sprechen konnte. Vor kurzem zog die israelische Patriotin, die verrückt nach Deutschland ist, nach Berlin. *(Video in Englisch mit deutschen Untertiteln)*